

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 496 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 214

Bezugspreis: monatlich 12,- bzw. halbjährlich, Einschlagen nehmen (inkl. Porto) 6,-. Einzelhefte 2,-. Fernzeitung 7801, Geschäftsstelle Halle-Neue: Leipziger Straße 61/62, Fernamt Leipzig 7801, ebenfalls 7 Uhr an Redaktion 5608 und 5610. — Postbezugskonto: Leipzig 20152.

Morgen-Ausgabe
Freitag, 28. Oktober

Anzeigenpreis: Die Spalte 36 mm breit und 20 mm hoch 70 H. Die Spalte 20 mm breit und 20 mm hoch 80 H. Zehner aus dem Verlag 100 H. Einzelhefte 2 H. Geschäftsstelle Berlin: Hamburger Str. 80, Fernamt Amt Kurfürst 17, 6290, Eignere Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Druck von Otto Uebels, Halle-Saale

Schiffer deutscher Bevollmächtigter

Staatssekretär Dewald sein Stellvertreter

w. Berlin, 27. Oktober.

Dem Bevollmächtigten der deutschen Regierung für die Welt 3, König 2 der Anlage der Note der Konferenz vom 20. Oktober vorgelegenen Wirtschaffsverhandlungen über Oberfrankreich wurde der Staatssekretär A. Dewald und zu seinem Stellvertreter der Staatssekretär E. a. d. erkannt, der damit auf seiner bisherigen Stellung im Reichsministerium des Innern ausbleibt.

Rechtsverwahrung und „Links“verwahrung

Im Westen wird geschrieben: In seiner Rede hat Reichsführer Wirth namens der neuen Regierung die feierliche Verwahrung gegen die Rechtsverwahrung eingelegt, die in dem neuen Reichsdekret enthalten ist. Die Regierungserklärung ist von der Weisheit des Reichstages, von Zentrum, Reichstagsopposition, Unabhängigen und Demokraten, bestätigt worden. Von dieser Reichstagsbeschlüsse ist also auch gebilligt worden, daß Herr Wirth die feierliche Verwahrung eingelegt hat, „da die Reichsverwahrung als Schutz der Wegewolligten feiert“. Jetzt ist von der Reichspartei und den beiden Oppositionsparteien eine zum Teil sich wörtlich mit der Wirthschen Erklärung bedende Reichstagsbeschlüsse als beiderseitiger Antrag eingeleitet worden; ein Antrag, der in seiner Weise über den von Herrn Wirth präzipierten Regierungspunkt hinausging. Ein Antrag, zu dessen Herbeiführung weiter angeführt ist, daß ein früherer der Demokraten, über die Stellung seiner Funktion zu ihm bezogen, antwortete: „Selbstverständlich werden wir gegen den Antrag stimmen. Ich begreife überhaupt nicht, wie irgend jemand gegen ihn stimmen kann.“ Gleichwohl hat die Regierungsmehrheit aus dem Zentrum und den beiden sozialistischen Fraktionen diesen Antrag abgelehnt. Wie war das möglich?

Es war dadurch möglich, daß Herr Wirth erklärt hat, zu unterstützen zu wollen, wenn dieser Antrag angenommen würde. Der Antrag, wohl verstanden, der seine eigene Regierungserklärung aufnahm und unterließ, weshalb hat Herr Wirth diese Stellung genähert? Offensichtlich, damit seine „feierliche Verwahrung“ nicht gar zu feierlich würde. Was nachfolgende ist mit dem Zentrum in der Regierung stehende Sozialdemokratie nicht wollte. Weshalb wollte sie es nicht? Aus Angst, daß die nachfolgenden für das gegenseitige Verdienen als nationalitätlich unannehmbar. Einmal, und weshalb hatten die Unabhängigen Bedenken, einen Antrag zuzustimmen, der sich förmlich mit ihrer Haltung deckt? Aus Angst, daß die Kommunisten ihrerseits diese Haltung als „nationalitätlich“ anerkennen könnten.

Daß dem deutschen Volk in seiner Majorität als einzige Waffe die des Protestes geblieben ist, wird insbesondere von den jetzigen Regierungsparteien immer wieder mit beweglichen Worten dargelegt. Hier war die Wahrheit, diese Waffe so sehr, wie das überhaupt möglich ist, zu schützen. Hier war, dank der Zurückhaltung der Reichspartei, die die meisten Anträge durch Herrn Demmann in die Interessen der einheitlichen Stellungnahme des Reichstages hinein überführte, die Möglichkeit, eine nichtig-einseitige Grundlegung des Reichstages auf einer Linie aufzuheben zu bringen, die so selbstverständlich war, daß auch das neue Erfüllungskabinet über oder über auf dem aufzuräumen mußte. Gleichwohl wollten die Erfüllungsparteien den gemeinsamen Willen auf dieser Linie nicht mitgehen, bei Herr Wirth die Anregung, auf dieser Linie aufzukommen, mit einer Nichtinvolvement beantwortet.

Asquith für Revision des Ultimatum

London, 27. Oktober.

In einer großen politischen Versammlung hat Asquith eine heftige Rede gegen die Regierung gehalten. Er beglückte zunächst Lord Grey als Minister in das politische Leben, die er damit begründete, daß Grey dem Lande aus der Gefahr helfen wollte, in die es durch die unüberwindliche Koalitionregierung gebracht worden ist. Asquith sagte, daß England während der ganzen Zeit in der Koalitionregierung am Ruder sei, das Opfer einer langen Reihe an unglücklicher Experimente gewesen sei. Der Redner wies darauf hin, daß er selbst im vorigen Jahre den Vorschlag gemacht habe, die kritische Frage auf der Basis der Selbstverwaltung eines Dominiums zu lösen. Damals habe man den Vorschlag, weil er von dem Lande, als eine politische Verantwortlichkeit und habe in der Zwischenzeit ein Verbrechen auf das andere gefolgt. Jetzt dagegen, wo derselbe Vorschlag auf der Koalitionregierung ausginge, sei er mit einem Male auf

Regierungsblätter wiesen zu räumen, daß nach den Bestimmungen die „überwältigende Mehrheit“ des deutschen Volkes hinter dieser Politik des neuen Erfüllungskabinetts stehe. O mein Heilte man einen Volkseinstimm über Oberfrankreich eingebracht — jeder weiß, wie er ausgefallen wäre. Jeder weiß, daß die jetzt wieder regierenden Parteien vor nicht mehr Grauen empfinden als vor dem Gedanken, im Zeichen Oberfrankreichs könnte eine Reichstagsauflösung, können zu wählen nötig werden. Weshalb? Weil sie wußten, daß das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit gegen die Besatzungspolitik entschieden würde. Das war schon, ehe das neue Erfüllungskabinet gebildet wurde und die ersten Proben seiner Politik abgelegt hatte. Wir greifen nicht daran, daß diese Proben doch Schanden werden, die Stellung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes zur Oberfrankreich-Frage nachher, in der Richtung zu beschreiben, die der Regierungspolitik in dieser Frage entgegengekehrt ist.

Das Sächsische Echo

h. Paris, 27. Oktober.

Das der Regierung nachfolgende „Reich Journal“ hört, daß das neue deutsche Kabinet ein günstigen Eindruck macht. Man findet darin keine neuen Namen, mit Ausnahme des Justizministers Rothbrunn. Es ist dieselbe Mannigfaltigkeit der Sozialdemokratie und Katholiken, die Versailles und das Ultimatum angenommen hat. Das Reich Journal nur, ob diese Führer denn noch vorläufig Vertrauen entgegenbringen könne, auch sozial Gruppen hinter sich haben, daß sie den Weg Wirths folgen können. Der Umstand, daß Rathenau nicht an der Regierung teilnimmt, vermindert ihren Wert. Es genügt nicht, daß erklärt wird, er werde durch einen seiner Mitarbeiter ersetzt. Aber fragt der Verfasser, in welchem Umfange können wir Vertrauen zu einem Kabinet haben, dessen Leiter, unter dem Beifall des Reichstages, die Entscheidung über Oberfrankreich nur annimmt, um in „Sanftmütigen“ vorzugehen, und die finanziellen Verpflichtungen nur nach Möglichkeit seiner Kraft ausführen will. Zum Schluß heißt es: wir haben es nicht mit Wirth oder seinem Mitarbeiter zu tun, sondern mit einem Deutschland, das heute nicht mehr die Sprache der Veröhnung und Zusammenarbeit spricht, und dessen Haltung die französische Regierung mehr denn je zu einem heftigen Vorgehen, Vorstoß und Energie zwingt. Weniger zufrieden mit der Rede Dr. Wirths zeigt sich der „Apostrophe“. Er erklärt, die Rede Wirths enthalte nichts Ungeheuerliches sei aber vollkommen unangenehm geblieben. Zwischen Dr. Wirth, der sich als ein Majorität der linken Fraktionen und der nationalen Fraktionen, Vorstoß für positiven Widerstand ausspricht, ist der Unterschied nur gering. Dr. Wirth bilde die Regierung auf das bringende Ansehen des Präsidenten über, aber auch mit Zustimmung der Reichsparteien, denn sein Name allein genügt in unüberwindlicher Weise, die Parteien und sogar die Franzosen zu beruhigen, die aber jetzt gute Gründe hätten, um Dr. Wirth gegenüber nicht mehr so gütig zu sein.

London, 27. Oktober.

Times, die als einziges Blatt zu dem neuen Kabinet Wirth Stellung nimmt, schreibt, die Befürchte des Senates, daß die Alliierten die Friedensvertrag von Versailles verstoßen hätten, indem sie eine Entscheidung durch den Völkerbund suchten und hierauf diese Entscheidung bestritten, anläßt die gesamte Frage stellt zu bedenken, werde die Alliierten nicht sehr beunruhigen. Man sollte meinen, daß Deutschland augenblicklich Dringlicheres zu tun habe.

München, 27. Oktober.

Das offizielle Organ der Bayerischen Volkspartei, die Bayerische Volkspartei, schreibt, die Befürchte des Senates, daß die Alliierten die Friedensvertrag von Versailles verstoßen hätten, indem sie eine Entscheidung durch den Völkerbund suchten und hierauf diese Entscheidung bestritten, anläßt die gesamte Frage stellt zu bedenken, werde die Alliierten nicht sehr beunruhigen. Man sollte meinen, daß Deutschland augenblicklich Dringlicheres zu tun habe.

und praktisch. Asquith beklammte auch die Politik der Regierung im Verleite mit der russischen Regierung und in der Behandlung der mongolischen Frage. Überdies sei es an Zeitigkeit und Zielbewußtheit.

Am zweiten Verlaufe seiner Rede kam Asquith auch auf das Problem der Kriegsentfädigungen zu sprechen. Er sagte u. a.: „Kriegsentfädigungen müssen mit größter Vorsicht behandelt werden, sonst fügen sie dem Empfänger mehr Schaden zu als dem gebenden Staat. Viele Erfahrungen machen wir jetzt auch mit Deutschland. Es war ein Mangel staatsmännischer Voraussicht, Deutschland Schulden aufzulegen, die nur durch den Export deutscher Waren an empfangsberechtigten Staaten gedeckt werden sollen. Deutschland kam nicht anders dahin, denn die Welt ist nicht wert. Es kann also nicht in Arbeit gehalten, denn wir haben ihm seine Handelspolitik weggenommen. Es kann nur mit deutschen Waren zahlen. Jetzt sind wir im Jahre 1921 so weit, daß wir auf den deutschen Zahlungen bestehen, aber abetainetia einen Schluß-

scholl von 834 u. v. auf deutsche Waren legen, um zu verhindern, daß sie in unser Land kommen. Das ist eine Herrlichkeit. Das Problem wird nie gelöst werden, außer wenn das ganze Schuldensystem zwischen den Alliierten und den früheren Feinden revidiert wird.“

Das neue Kabinet Wirth

Die völlig zerfallene Lage in unserem parlamentarischen System wird gekennzeichnet durch die Art, wie man wieder zu einem Kabinet gelangt. Dr. Wirth ist vom Kanzlerposten zurückgetreten, und er hat selbstständig den Antrag erhoben, daß man diesen Schritt ernst macht. Wie ernst er tatsächlich genommen ist, das kann er aus der Pariser Presse entnehmen, die sofort bei der Nachricht von seinem Rücktritt bemerkte, dieser Schritt bedeute weiter nichts als einen Protest gegen die Beschlüsse in Oberfrankreich, nachdem dieser Protest erfolgt sei, werde aber das Kabinet Wirth mit geringen Veränderungen seine Tätigkeit wieder aufnehmen und die von der Entente gestellten Forderungen bezüglich Oberfrankreichs annehmen. In Paris versteht man sich ja auf Kabinettskrisen, und man hat in bezug auf den ersten Teil der Voraussetzungen auch bereits recht gehalten. Was den zweiten Teil betrifft, so ist man jedenfalls auch schnell genug daran gegangen, alles vorzubereiten, um eine förmliche Unterwerfung glatt vornehmen zu können. Die Ernennung des von der Entente geforderten Kommissars für Oberfrankreich ist einem Unterstaatssekretär übertragen, der schleunigst Arbeit machen wird. Es ist doch aber ein heillosen Zustand, daß diese so überaus wichtige Regierungsangelegenheit in dieser Weise einer derart zusammengesetzten Kommission überlassen wurde. Solche Vorgehensweise ist die Frucht der geradezu unalkoholischen Zustände im Reichstag und im Parteiparlament. Aus ihnen entspringt auch die Stimmung der Kabinettskrisen, durch die Wiederkehr Dr. Wirths als Kanzler, die eben keine Lösung ist, sondern nur ein Verlegenheitsmaß, um doch nach außen hin etwas wie eine Falle zu haben.

Die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über die neue Koalition auf breiterer Grundlage waren so unüberwindlich, daß als Endergebnis sogar eine Verschmälerung der Basis herausgekommen ist. Die Versuche, die Deutsche Volkspartei zum Beitritt zu gewinnen, mußten, trotz aller guten Willens auf Seiten des Herrn Stresemann, scheitern, denn von der Sozialdemokratie wurde die Aufnahme der Volkspartei von Bedingungen abhängig gemacht, die ein kaumfisches noch bedeuten. Und da nun noch die Schwierigkeiten der oberfränkischen Frage hinzukommen, sprang endlich auch noch die demokratische Partei ab, um nicht die Verantwortung für die Unterwerfungspolitik der Sozialdemokratie mitzunehmen. Das neue Kabinet wäre sonach, als reinen Parteikabinetts abgelehnt, ein solches der Minderheit. Um das nicht zu sehr ins Auge zu werfen zu lassen, spricht man nun davon, daß durch Einräumung von Sachmängeln ein Sachkabinetts gebildet werden soll. Diese Fiktion bietet nämlich die Mittel, durch die die demokratische Partei, nachdem sie offiziell das Ministerium verlassen hat, dennoch wieder in das Kabinet hineinkommen kann. Die demokratischen Parteimitglieder verlassen den Reichstag, aber es wurde weiter verhandelt, welche Minister die Demokraten als „Sachminister“ im Ministerium lassen wollen. Wenn möglich allerdings, daß dies neue Kabinet Wirth nun mit einmal als ein Sachministerium gelten soll, das es doch fast sämtliche bisherigen Minister wieder enthält und der einzige wirkliche Sachmann, der Justizminister Schiffer angehängt ist. Freilich, um das Ding nun zu nennen zu können, taucht jetzt auch für das alte Kabinet Wirth die Bezeichnung Sachministerium auf, trotzdem man bisher gewiß von ihm keine sachmännlichen Eindruck gewonnen hat. Aber was ist man auf Bemerkung der allgemeinen Öffentlichkeit, die in der Wiederkehr Wirths liegt, tun? Man läßt ein wenig Schönfärberei im Stil der demokratischen Fraktion. In den Tatsachen ändert man damit freilich nichts. Ueber sie urteilt ein rechtsührendes Berliner Blatt treffend folgendermaßen: „Neue Kabinettskrisen in der deutschen Republik bedeuten ein Anzeichen des Scheiterns für das deutsche Volk über das

